

No. 32517

**GERMANY
and
UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS**

Agreement on maritime shipping (with exchange of notes).
Signed at Bonn on 7 January 1991

Authentic texts: German and Russian.

Registered by Germany on 8 February 1996.

**ALLEMAGNE
et
UNION DES RÉPUBLIQUES
SOCIALISTES SOVIÉTIQUES**

**Accord relatif aux transports maritimes (avec échange de
notes). Signé à Bonn le 7 janvier 1991**

Textes authentiques : allemand et russe.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN ÜBER DIE SEESCHIFFFAHRT

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und die
Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken —

in dem Bestreben, die bestehende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Seeverkehrs zu erweitern und zu vertiefen,

in Fortentwicklung der sich auf die Seeschiffahrt beziehenden Bestimmungen des Abkommens vom 25. April 1958 über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Protokolls vom 31. Dezember 1960 über die Verlängerung dieses Abkommens,

unter Berücksichtigung des Vertrags vom 9. November 1990 über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

eingedenk der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere ihrer Bestimmungen über die Entwicklung des Verkehrswesens —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeutet

- a) der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Seeschiff, das in das Schiffsregister oder in ein anderes entsprechendes amtliches Verzeichnis dieser Vertragspartei eingetragen ist und nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei deren Flagge führt. Dieser Ausdruck umfaßt jedoch nicht Kriegsschiffe, Forschungsschiffe und Fischereischiffe;

- b) der Ausdruck „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspartei“ ein von der jeweiligen Vertragspartei nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als solches anerkanntes Seeschiffahrtsunternehmen, das seinen Firmensitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat;
- c) der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede andere Person, die während der Reise an Bord des Schiffes tatsächlich Funktionen ausübt, die mit dem Betrieb des Schiffes oder mit den an Bord zu leistenden Diensten in Verbindung stehen, ein in Artikel 11 bezeichnetes Reisedokument mit sich führt und in die Musterrolle eingetragen ist.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden nach Maßgabe dieses Abkommens die Freiheit der Handelsschiffahrt in jeder Weise fördern und sich jedweder Handlungen enthalten, die einer normalen Entwicklung der internationalen Schiffahrt abträglich sein könnten.

Artikel 3

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den Häfen der Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den Häfen der Vertragsparteien zu befördern.

(2) Schiffe, welche die Flagge von Drittstaaten führen und von Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspartei eingesetzt werden, können sich ebenfalls an den genannten Beförderungen beteiligen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien werden die Entwicklung der zweiseitigen Handelsschiffahrt unterstützen und lassen sich dabei vom Grundsatz der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils leiten.

(2) Bei Beförderungen von Gütern des zweiseitigen Außenhandels wirken die Vertragsparteien auf eine enge Zusammenarbeit zwischen ihren Befrachtungsorganisationen und Seeschiffahrtsunternehmen, zum Beispiel in Form von Gemeinschaftsunternehmen, hin. Die Frachtraten sollen für die Seeschiffahrtsunternehmen der Vertragsparteien wirtschaftlich auskömmlich sein.

(3) Durch diesen Artikel wird das Recht von Schiffen unter der Flagge dritter Länder, sich an den zweiseitigen seewärtigen Güterbeförderungen zu beteiligen, nicht berührt.

Artikel 5

Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspartei können sich am Seeverkehr der anderen Vertragspartei mit Drittländern beteiligen. Bei einer solchen Beteiligung werden die Seeschiffahrtsunternehmen der ersten Vertragspartei bei der Festsetzung ihrer Frachtraten die Interessen der entsprechenden Seeschiffahrtsunternehmen der anderen Vertragspartei und den Grundsatz eines fairen Wettbewerbs auf kommerzieller Grundlage berücksichtigen.

Artikel 6

Die Rechte und Verpflichtungen der Vertragsparteien aus ihren jeweiligen internationalen Übereinkünften werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 7

Die Vertragsparteien werden nach Maßgabe der in ihrem Hoheitsgebiet geltenden Rechtsvorschriften Unternehmen und kommerziellen Organisationen der Seeschiffahrt oder des Schiffahrts hilfsgewerbes einer Vertragspartei bei der Eröffnung eines Liniendienstes von oder nach der jeweils anderen Vertragspartei sowie bei der Gründung von Vertretungen oder Gemeinschaftsunternehmen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei die erforderliche Unterstützung leisten.

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei gewährt den Schiffen der anderen Vertragspartei in bezug auf den freien Zugang zu den Häfen, die Zuweisung von Liegeplätzen, die Benutzung der Häfen für die Ein- und Ausladung von Gütern, die Ein- und Ausschiffung von Fahrgästen, die Errichtung von Schiffs-, Hafen- und anderen Gebühren und die Inanspruchnahme von für die Seeschiffahrt bestimmten Dienstleistungen die gleiche Behandlung wie den eigenen Schiffen.

(2) Jede Vertragspartei gewährt den Schiffen unter der Flagge von Drittländern, die von Seeschiffahrtsunternehmen der anderen Vertragspartei eingesetzt werden, die in Absatz 1 vorgesehene Behandlung, soweit dies nicht im Widerspruch zu ihren Verpflichtungen aus internationalen Abkommen oder ihren einschlägigen Rechtsvorschriften steht.

(3) Die Absätze 1 und 2

- a) erstrecken sich nicht auf Häfen oder Hafenteile, soweit sie für ausländische Schiffe nicht geöffnet sind;
- b) gelten nicht für Tätigkeiten, die jede der beiden Vertragsparteien ihren Unternehmen oder Organisationen vorbehält, einschließlich insbesondere der Küstenschiffahrt sowie Bergungs-, Bugsier- und anderer Hafendienste;
- c) gelten nicht für die Vorschriften über den Lotsenzwang für ausländische Schiffe;
- d) berühren nicht die Anwendung der Vorschriften über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern.

Artikel 9

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu beschleunigen, unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen Förmlichkeiten in den Häfen größtmöglich zu beschleunigen und zu vereinfachen.

Artikel 10

(1) Die von einer Vertragspartei ausgestellten oder anerkannten und an Bord befindlichen Schiffsdocumente werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

(2) Die mit vorschriftsmäßig ausgestellten Dokumenten über die Schiffsvermessung versehenen Schiffe einer Vertragspartei sind von einer erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit. Diese Dokumente werden der Berechnung der Hafenabgaben zugrunde gelegt.

Artikel 11

Die Vertragsparteien gewähren Seeleuten, die Inhaber eines von den zuständigen Behörden der jeweils anderen Vertragspartei ordnungsgemäß ausgestellten Reisedokuments sind, die in den Artikeln 12 und 13 aufgeführten Rechte.

Artikel 12

(1) Dem Inhaber eines in Artikel 11 erwähnten Reisedokuments ist es gestattet,

- a) als Besatzungsmitglied eines Schiffes der Vertragspartei, welche dieses Dokument ausgestellt hat, während der Liegezeit des Schiffes in einem Hafen der anderen Vertragspartei ohne Sichtvermerk an Land zu gehen und sich gemäß den dort geltenden Vorschriften vorübergehend am Hafenort aufzuhalten. Erforderlich ist in diesen Fällen
 - in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
 - in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein Passierschein;
 - b) in einem Hafen der anderen Vertragspartei sein Schiff, auf dem er seine Arbeit als Besatzungsmitglied beendet hat, mit Genehmigung der zuständigen Behörden zu verlassen und sich in diesem Hafen zur Arbeitsaufnahme als Besatzungsmitglied an Bord eines anderen Schiffes, das von einem Seeschiffahrtsunternehmen derselben Vertragspartei eingesetzt wird, zu begeben;
 - c) nach Beendigung seiner Arbeit als Besatzungsmitglied eines Schiffes in einem Hafen der anderen Vertragspartei deren Hoheitsgebiet mit einem unverzüglich zu erteilenden Sichtvermerk ohne unnötige Verzögerung auf dem geeigneten kürzesten Weg zu verlassen.
- (2) Die zuständigen Behörden einer Vertragspartei gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Krankheitsfall in ein Krankenhaus im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingeliefert wurde, den zur Behandlung erforderlichen Aufenthalt.
- (3) Die Absätze 1 und 2 finden sinngemäß Anwendung auf Personen, die Dienste an Bord leisten und nicht zur Besatzung gehören, sofern sie in eine Besatzungsliste eingetragen sind.

Artikel 13

- (1) Die Vertragsparteien gestatten einem Seemann, der Inhaber eines in Artikel 11 erwähnten Reisedokuments ist, die Ein- oder Ausreise,
- a) um sich zu seinem Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben;
 - b) um durchzureisen mit dem Ziel, sich in einem anderen Staat zu seinem Schiff zu begeben, oder zur Rückkehr in seine Heimat oder zu einem anderen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei anerkannten Zweck.

Die Regelung der Norm 3.10.2 der Anlage zum Übereinkommen vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs bleibt unberührt.

(2) In allen in Absatz 1 erwähnten Fällen muß der Seemann im Besitz eines entsprechenden Sichtvermerks der anderen Vertragspartei sein; einen entsprechenden Antrag werden die zuständigen Behörden so schnell wie möglich wohlwollend prüfen.

Artikel 14

(1) Vorbehaltlich der Artikel 11 bis 13 bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend Einreise, Aufenthalt und Ausreise von Ausländern unberührt.

(2) Die Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die sie für unerwünscht halten, die Einreise und den Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet zu verwehren.

Artikel 15

Die Vertragsparteien gewähren den Seeschiffahrtsunternehmen der jeweils anderen Vertragspartei das Recht, Einnahmen aus Dienstleistungen der Schifffahrt auf dem Gebiet der ersten Vertragspartei für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schifffahrt zu verwenden oder in frei konvertierbarer Währung ins Ausland zu transferieren. Der Transfer wird auf der Grundlage des amtlichen Wechselkurses und innerhalb der üblichen Fristen vorgenommen.

Artikel 16

Wenn ein Schiff einer der beiden Vertragsparteien an den Küsten der anderen Vertragspartei in Seenot gerät oder Schiffbruch erleidet, so genießen das Schiff, seine Besatzung, Fahrgäste und Ladung dieselben Vorrrechte und Vergünstigungen, wie sie die andere Vertragspartei in derartigen Fällen einem eigenen Schiff, dessen Besatzung, Fahrgästen und Ladung gewährt.

Die von einem Schiff, das in Seenot geraten ist oder Schiffbruch erlitten hat, geborgenen Gegenstände unterliegen keinerlei Zollabgaben, sofern sie nicht dem inländischen Gebrauch und Verbrauch zugeführt werden.

Artikel 17

(1) Die Vertragsparteien werden ihre Bemühungen zur Pflege und Entwicklung effektiver fachlicher Beziehungen zwischen ihren für Schifffahrtsfragen zuständigen Behörden fortsetzen sowie die Entwicklung von Kontakten zwischen ihren entsprechenden Unternehmen und Organisationen fördern, insbesondere um

- die Seehandelsflotte und -häfen umfassender und effektiver zu nutzen und die wirtschaftlichen sowie wissenschaftlich-technischen Beziehungen und den Erfahrungsaustausch zu erweitern;
- einen Meinungsaustausch bezüglich der Tätigkeit in internationalen, mit Problemen der Seeschiffahrt befaßten Organisationen und der Beteiligung an internationalen Abkommen über den Seeverkehr zu führen.

(2) Um ein ständiges Zusammenwirken, eine schnelle Abstimmung und Lösung aller Fragen der Zusammenarbeit zwischen den für Seeschiffahrt zuständigen Stellen beider Länder zu gewährleisten, haben die Vertragsparteien das Recht, bei den Botschaften ihrer Länder die Stelle eines Schifffahrtsattachés einzurichten.

(3) Zur Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Ziele und zur Überwachung der Durchführung dieses Abkommens wird eine Gemischte Kommission gebildet, die Fragen von gemeinsamem Interesse, die sich aus der Durchführung dieses Abkommens ergeben, insbesondere Fragen des zweiseitigen Seeverkehrs, sowie allgemeine Fragen der internationalen Schiffahrt behandelt.

Die Gemischte Kommission kann Arbeitsgruppen zur Behandlung von Einzelfragen und zur Ausarbeitung entsprechender Empfehlungen, die der Gemischten Kommission zur Prüfung vorgelegt werden, einsetzen.

(4) Die Gemischte Kommission tritt in der Regel mindestens einmal jährlich zusammen; sie kann jedoch auf Ersuchen einer Vertragspartei spätestens innerhalb von neunzig Tagen nach Übermittlung eines derartigen Ersuchens zusammentreten. Die Tagesordnung für jede Sitzung der Gemischten Kommission wird nach Absprache zwischen den für Schifffahrtsfragen zuständigen Behörden festgelegt.

Die Vertragsparteien bestimmen die Zusammensetzung ihrer Delegation für die Sitzung der Gemischten Kommission.

Artikel 18

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(3) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei schriftlich gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen sechs Monate nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 7. Januar 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

Dr. LAUTENSCHLAGER

Dr. ZIMMERMANN

Für die Regierung
der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

Y. VOLMER

EXCHANGE OF NOTES — ÉCHANGE DE NOTES

I

DER BUNDESMINISTER FÜR VERKEHR

Bonn, den 7. Januar 1991

Sehr geehrter Herr Kornilov,

ich beziehe mich auf das am heutigen Tage unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Seeschiffahrt.

Zur Verdeutlichung des Artikels 11 dieses Abkommens stellen wir übereinstimmend fest:

Dokumente im Sinne von Artikel 11 sind

- der Seemannspass der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
- das Seefahrtsbuch der Bundesrepublik Deutschland,
- der Reisepass der Bundesrepublik Deutschland.

Anlässlich der Unterzeichnung des Seeschiffahrtsabkommens wurden Muster der vorgenannten Dokumente ausgetauscht.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag

CH. HINZ
Leiter der Abteilung Seeverkehr

Herrn Vadim D. Kornilov
Leiter der Abteilung für Auswärtige Beziehungen
Ministerium für die Hochseeflotte
der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die sowjetische Seite hat einen gleichlautenden Brief mit Datum vom 7. Januar 1991 übergeben.

II

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR

Bonn, den 7. Januar 1991

Sehr geehrter Herr Kornilov,

ich beziehe mich auf das am heutigen Tage unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Seeschifffahrt.

Ich möchte feststellen, daß die deutsch-sowjetischen Gemeinschaftsliniendienste seit vielen Jahren den zweiseitigen Handel zwischen unseren beiden Ländern in zufriedenstellender Weise bedienen.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß beide Schifffahrtsverwaltungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken werden, daß die Gemeinschaftsdienste weiterhin diesem Handel auf kommerzieller Grundlage dienen werden.

CH. HINZ
Leiter der Abteilung Seeverkehr

Die sowjetische Seite hat einen gleichlautenden Brief mit Datum vom 7. Januar 1991 übergeben.

[RUSSIAN TEXT — TEXTE RUSSE]

СОГЛАШЕНИЕ МЕЖДУ ПРАВИТЕЛЬСТВОМ ФЕДЕРАТИВНОЙ
РЕСПУБЛИКИ ГЕРМАНИИ И ПРАВИТЕЛЬСТВОМ СОЮЗА
СОВЕТСКИХ СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ РЕСПУБЛИК О МОР-
СКОМ СУДОХОДСТВЕ

Правительство Федеративной Республики Германии

и

Правительство Союза Советских Социалистических
Республик,

стремясь расширить и углубить существующее сотрудни-
чество в области морского судоходства,

в развитие относящихся к морскому судоходству положе-
ний Соглашения по общим вопросам торговли и морепла-
вания между Федеративной Республикой Германии и Сою-
зом Советских Социалистических Республик от 25 апреля
1958 года и Протокола от 31 декабря 1960 года о продлении
этого Соглашения,

Принимая во внимание Договор о добрососедстве, парт-
нерстве и сотрудничестве между Федеративной Республи-
кой Германией и Союзом Советских Социалистических
Республик от 9 ноября 1990 года,

памятуя о Заключительном акте Совещания по безопасно-
сти и сотрудничеству в Европе, и в частности о его положе-
ниях относительно развития транспорта,

согласились о нижеследующем:

Статья 1

В настоящем Соглашении:

- а) Термин „судно Договаривающейся Стороны“ означает любое морское судно, внесенное в судовой реестр или другой соответствующий официальный перечень этой Договаривающейся Стороны и несущее флаг этой Догова-
ривающейся Стороны в соответствии с ее правовыми предписаниями.

Этот термин, однако, не охватывает военные корабли,
научно-исследовательские суда и рыболовные суда;

- b) Термин „морское судоходное предприятие Договаривающейся Стороны” означает признаваемое таковым соответствующей Договаривающейся Стороной в соответствии с ее правовыми предписаниями морское судоходное предприятие, которое имеет свое местопребывание на территории этой Договаривающейся Стороны;
- c) Термин „член экипажа” означает капитана и любое другое лицо, действительно занятое во время рейса на борту судна выполнением обязанностей, связанных с эксплуатацией судна или обслуживанием на нем, имеющее при себе один из указанных в статье 11 заграничных документов и включенное в судовую роль.

Статья 2

Обе Договаривающиеся Стороны в соответствии с настоящим Соглашением будут оказывать всемерное содействие свободе торгового мореплавания и воздерживаться от любых действий, которые могли бы нанести ущерб нормальному развитию международного судоходства.

Статья 3

1. Суда каждой Договаривающейся Стороны имеют право плавать между портами обеих Договаривающихся Сторон и перевозить пассажиров и грузы между портами обеих Договаривающихся Сторон.
2. Суда, плавающие под флагом третьих стран и эксплуатируемые морскими судоходными предприятиями одной из Договаривающихся Сторон, могут также участвовать в указанных перевозках.

Статья 4

1. Обе Договаривающиеся Стороны будут оказывать содействие развитию двустороннего торгового судоходства, руководствуясь при этом принципом равноправия и взаимной выгоды.
2. В перевозках грузов двусторонней внешней торговли обе Договаривающиеся Стороны будут содействовать тесному сотрудничеству между их фрахтовыми организациями и морскими судоходными предприятиями, например, в форме совместных предприятий. Фрахтовые ставки должны быть экономически выгодными для морских судоходных предприятий обеих Договаривающихся Сторон.

3. Настоящая статья не затрагивает право судов под флагом третьих стран участвовать в двусторонних перевозках грузов морем.

Статья 5

Морские судоходные предприятия одной Договаривающейся Стороны могут участвовать в морских перевозках другой Договаривающейся Стороны на/из третьих стран. При таком участии морские судоходные предприятия первой Договаривающейся Стороны будут учитывать при установлении своих фрахтовых ставок интересы соответствующих морских судоходных предприятий другой Договаривающейся Стороны и принцип справедливой конкуренции на коммерческой основе.

Статья 6

Права и обязательства обеих Договаривающихся Сторон, вытекающие из заключенных ими международных договоров, настоящим Соглашением не затрагиваются.

Статья 7

Обе Договаривающиеся Стороны будут, в соответствии с действующим на их территориях законодательством, оказывать необходимое содействие судоходным или связанным с судоходством предприятиям и коммерческим организациям одной Договаривающейся Стороны в открытии ими линии на/из портов другой Договаривающейся Стороны, а также в учреждении ими на территории другой Договаривающейся Стороны представительств или совместных предприятий.

Статья 8

1. Каждая Договаривающаяся Сторона предоставит судам другой Договаривающейся Стороны такое же обращение, как и своим судам, в отношении свободного доступа в порты, предоставления мест у причала, использования портов для логрузки и выгрузки грузов, посадки и высадки пассажиров, уплаты корабельных, портовых и других сборов и использования услуг, предназначенных для морского судоходства.

2. Каждая Договаривающаяся Сторона предоставит судам под флагом третьих стран, эксплуатируемым морскими судоходными предприятиями другой Договаривающейся Стороны, обращение, предусмотренное в пункте 1, если это не противоречит ее обязательствам, вытекающим из междуна-

родных договоров, или ее соответствующим правовым предписаниям.

3. Пункты 1 и 2:

- a) не распространяются на порты или части портов, если они не открыты для захода иностранных судов;
- b) не применяются к деятельности, которая резервируется каждой из Договаривающихся Сторон для своих предприятий или организаций, включая, в частности, каботаж, а также спасение, буксировку и другие портовые услуги;
- c) не применяются к правилам об обязательной лоцманской проводке для иностранных судов;
- d) не затрагивают применения правил, касающихся въезда и пребывания иностранцев.

Статья 9

Каждая Договаривающаяся Сторона будет принимать, в рамках своих законов и портовых правил, все необходимые меры для облегчения и ускорения морских перевозок, предотвращения не вызываемых необходимостью задержек судов и максимально возможного ускорения и упрощения осуществления таможенных и иных формальностей в портах.

Статья 10

1. Выданные или признаваемые одной из Договаривающихся Сторон и находящиеся на борту судовые документы будут признаваться и другой Договаривающейся Стороной.

2. Суда одной Договаривающейся Стороны, снабженные должным образом выданными документами об обмере судов, освобождаются от нового обмера в портах другой Договаривающейся Стороны. Эти документы будут приниматься за основу при исчислении портовых сборов.

Статья 11

Каждая Договаривающаяся Сторона предоставит морякам-владельцам одного из заграничных документов, выданных должным образом компетентными властями другой Договаривающейся Стороны, права, указанные в статьях 12 и 13.

Статья 12

1. Владельцу одного из упомянутых в статье 11 заграничных документов разрешается:
 - a) в качестве члена экипажа судна Договаривающейся Стороны, выдавшей этот документ, в период пребывания судна в порту другой Договаривающейся Стороны без визы сходить на берег и временно находиться в портовом городе в соответствии с действующими там правилами. В этих случаях требуется:
 - в Федеративной Республике Германии — удостоверение о праве схода на берег;
 - в Союзе Советских Социалистических Республик — пропуск;
 - b) в порту другой Договаривающейся Стороны покинуть с разрешения компетентных властей свое судно, где он закончил свою работу в качестве члена экипажа, и перейти в том же порту на другое судно, эксплуатируемое морским судоходным предприятием той же Договаривающейся Стороны, чтобы приступить к работе на нем в качестве члена экипажа;
 - c) по окончании его работы в качестве члена экипажа судна в порту другой Договаривающейся Стороны покинуть ее территорию с безотлагательно выдаваемой визой, без ненужной задержки и подходящим кратчайшим путем.
2. Компетентные власти одной Договаривающейся Стороны разрешают члену экипажа, который по болезни был доставлен в больницу на территории другой Договаривающейся Стороны, пребывание, необходимое для лечения.
3. Пункты 1 и 2 соответственно применяются также в отношении лиц, которые выполняют служебные обязанности на борту и не принадлежат к экипажу, при условии, что они внесены в список членов экипажа.

Статья 13

1. Каждая Договаривающаяся Сторона разрешает моряку-владельцу одного из упомянутых в статье 11 заграничных документов въезд и выезд:
 - a) для прибытия на свое судно или перевода на другое судно;

б) для транзитного проезда с целью прибытия на свое судно, находящееся в другой стране, возвращения на родину или с иной целью, одобренной компетентными властями соответствующей Договаривающейся Стороны.

Положения стандарта 3. 10. 2 Приложения к Конвенции об облегчении международного морского судоходства от 9 апреля 1965 года не затрагиваются.

2. Во всех случаях, упомянутых в пункте 1, моряк должен иметь соответствующую визу другой Договаривающейся Стороны; соответствующее ходатайство будет в возможно короткий срок благожелательно рассматриваться компетентными властями.

Статья 14

1. С соблюдением статей 11–13 не затрагиваются правила обеих Договаривающихся Сторон относительно въезда, пребывания и выезда иностранцев.

2. Каждая из Договаривающихся Сторон сохраняет за собой право отказать во въезде и пребывании на своей территории лицам, которых она считает нежелательными.

Статья 15

Каждая Договаривающаяся Сторона предоставит морским судоходным предприятиям другой Договаривающейся Стороны право использовать доходы, получаемые от предоставления на территории первой Договаривающейся Стороны судоходных услуг, для платежей, связанных с судоходством, или переводить их за границу в свободно конвертируемой валюте. Перевод будет осуществляться на основе официального обменного курса и в пределах обычных сроков.

Статья 16

Если судно одной из Договаривающихся Сторон потерпит бедствие или кораблекрушение у берегов другой Договаривающейся Стороны, то судно, его экипаж, пассажиры и груз будут пользоваться теми же преимуществами и льготами, которые предоставляются этой другой Договаривающейся Стороной в таких случаях своему судну, его экипажу, пассажирам и грузу.

Предметы, спасенные с судна, потерпевшего бедствие или кораблекрушение, не будут облагаться никакими таможенными пошлинами, если только эти предметы не будут пред-

назначены для использования или потребления внутри страны.

Статья 17

1. Обе Договаривающиеся Стороны будут продолжать свои усилия по поддержанию и развитию эффективных деловых отношений между их властями, ведающими вопросами судоходства, а также поощрять развитие контактов между их соответствующими предприятиями и организациями, в частности, в целях:

более полного и эффективного использования морского торгового флота и портов, расширения экономических и научно-технических связей и обмена опытом;

обмена мнениями относительно деятельности в международных организациях, занимающихся проблемами морского судоходства, и участия в международных соглашениях по морскому транспорту.

2. В целях организации постоянного взаимодействия, оперативного согласования и решения всех вопросов сотрудничества между морскими администрациями двух стран Договаривающиеся Стороны имеют право ввести должность атташе по судоходству при посольствах своих стран.

3. Для осуществления целей, указанных в пункте 1, и наблюдения за применением настоящего Соглашения создается Смешанная комиссия, которая будет обсуждать представляющие взаимный интерес вопросы, вытекающие из применения настоящего Соглашения, в частности вопросы двустороннего морского судоходства, а также общие вопросы международного судоходства.

Смешанная комиссия может создавать рабочие группы для обсуждения отдельных вопросов и выработки соответствующих рекомендаций, которые будут представляться на рассмотрение Смешанной комиссии.

4. Смешанная комиссия собирается, как правило, не реже одного раза в год, однако она может собраться по просьбе одной из Договаривающихся Сторон не позднее, чем через девяносто дней после даты представления такой просьбы. Повестка дня для каждого заседания Смешанной комиссии будет определяться по согласованию между властями, ведающими вопросами судоходства.

Каждая Договаривающаяся Сторона определяет состав своей делегации на заседания Смешанной комиссии.

Статья 18

1. Настоящее Соглашение вступает в силу в день, когда обе Договаривающиеся Стороны сообщат друг другу в письменной форме о том, что необходимые для его вступления в силу внутригосударственные формальности выполнены.

2. Настоящее Соглашение заключается на неограниченный срок.

3. Настоящее Соглашение может быть денонсировано в письменной форме каждой Договаривающейся Стороной. В этом случае Соглашение прекращает свое действие через шесть месяцев после получения другой Договаривающейся Стороной уведомления об этом.

Совершено в г. Бонн 7 января 1991 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

За Правительство
Федеративной Республики Германии:

ЛАУТЕНШЛАГЕР
ЦИММЕРМАНН

За Правительство
Союза Советских
Социалистических Республик:

Ю. ВОЛЬМЕР

EXCHANGE OF NOTES — ÉCHANGE DE NOTES

I

Министр морского флота СССР

Бонн, 7 января 1991 г.

Уважаемый господин Хинц,

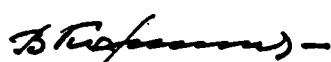
Я хотел бы сослаться на подписанное сего числа Соглашение между Правительством Союза Советских Социалистических Республик и Правительством Федеративной Республики Германии о морском судоходстве.

В целях уточнения статьи 11 этого Соглашения мы согласились, что документами в смысле статьи 11 являются:

- паспорт моряка СССР;
- книжка морского судоходства ФРГ;
- заграничный паспорт ФРГ.

По случаю подписания Соглашения о морском судоходстве был произведен обмен образцами вышеуказанных документов.

С глубоким уважением,
по поручению



В.Д.Корнилов,
Начальник Управления
внешних связей

Г-му К.Хинцу
начальнику Управления
морского судоходства
федерального Министерства
транспорта Федеративной
Республики Германии

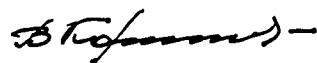
II

Бонн, "7" ~~июня~~ 1991 г.

Уважаемый господин Хинц!

Ссылаясь на подписанное сего числа Соглашение между Правительством Союза Советских Социалистических Республик и Правительством Федеративной Республики Германии о морском судоходстве, я хотел бы отметить, что совместные советско-германские судоходные линии на протяжении многих лет обслуживают двустороннюю торговлю между нашими двумя странами на удовлетворяющем обе стороны уровне.

Я выражаю надежду на то, что обе морские администрации в рамках своих возможностей будут способствовать тому, чтобы совместные судоходные линии и в дальнейшем служили развитию этой торговли на коммерческой основе.



В. Корнилов

Начальник Управления внешних связей
Министерства морского флота СССР

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS ON MARITIME SHIPPING

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Union of Soviet Socialist Republics,

Desiring to broaden and deepen existing cooperation in the area of maritime shipping,

Building upon the provisions relating to maritime shipping of the Agreement concerning General Matters of Trade and Navigation between the Federal Republic of Germany and the Union of Soviet Socialist Republics of 25 April 1958² and the Protocol of 31 December 1960³ extending that Agreement,

Taking account of the Treaty on Good-neighbourliness, Partnership and Cooperation between the Federal Republic of Germany and the Union of Soviet Socialist Republics of 9 November 1990,⁴

Recalling the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe,⁵ and in particular its provisions relating to the development of transport,

Have agreed as follows:

Article I

In this Agreement:

(a) The term “vessel of a Contracting Party” shall mean any maritime vessel registered in the shipping register or other relevant official list of that Contracting Party and flying its flag in accordance with its legal requirements. This term does not, however, cover warships, scientific research vessels and fishing vessels;

(b) The term “maritime shipping enterprise of a Contracting Party” shall mean a maritime shipping enterprise recognized as such by the Contracting Party in question in accordance with its legal requirements and which has its premises in the territory of this Contracting Party;

(c) The term “member of the crew” shall mean the master and any other person actually employed for duties on board during a voyage in the working or service of a vessel, holding a travel document specified in article 11 and included in the crew list.

¹ Came into force on 30 December 1992, the date on which the Contracting Parties notified each other of the completion of their respective national requirements, in accordance with article 18 (1).

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 346, p. 71.

³ *Ibid.*, vol. 1973, No. A-4978.

⁴ *Ibid.*, vol. 1707, p. 387.

⁵ *International Legal Materials*, vol. XIV (1973), p. 1292 (American Society of International Law).

Article 2

The Contracting Parties shall under this Agreement promote by all means the freedom of commercial navigation and refrain from any actions which could harm the normal development of international shipping.

Article 3

1. Vessels of each Contracting Party shall have the right to sail between the ports of the two Contracting Parties and to carry passengers and cargo between the ports of the Contracting Parties.

2. Vessels sailing under the flag of third countries and operated by maritime shipping enterprises of one of the Contracting Parties may also participate in the said carriage.

Article 4

1. The Contracting Parties shall support the development of bilateral commercial shipping in accordance with the principle of equality and mutual benefit.

2. In cargo transport in bilateral external trade, the Contracting Parties shall promote close cooperation between their freight organizations and maritime shipping enterprises, for example, in the form of joint ventures. Freight rates must be economically advantageous to the maritime shipping enterprises of the two Contracting Parties.

3. This article shall not affect the right of vessels flying the flag of third countries to participate in bilateral cargo transport by sea.

Article 5

Maritime shipping enterprises of one Contracting Party may participate in the maritime transport of the other Contracting Party to and from third countries. In the event of such participation, the maritime shipping enterprises of the first Contracting Party shall, in setting their freight rates, take into account the interests of the corresponding maritime shipping enterprises of the other Contracting Party and the principle of fair competition on a commercial basis.

Article 6

The rights and obligations of the Contracting Parties arising out of international conventions to which they are parties shall not be affected by this Agreement.

Article 7

The Contracting Parties shall, in accordance with the legislation in force in their territories, render any necessary assistance to shipping or shipping-related enterprises or commercial organizations of one Contracting Party in initiating scheduled service to and from ports of the other Contracting Party, or in establishing representations or joint ventures in the territory of the other Contracting Party.

Article 8

1. Each Contracting Party shall treat vessels of the other Contracting Party in the same manner as its own vessels with regard to free access to ports, the provision of berths, the use of ports for loading and unloading cargo, embarking and disem-

barking passengers, payment of shipping, harbour and other charges, and the use of services designated for maritime shipping.

2. Each Contracting Party shall treat vessels under the flag of third countries and operated by maritime shipping enterprises of the other Contracting Party in the manner provided for in paragraph 1 if that does not conflict with its obligations arising out of international agreements or with its relevant legal requirements.

3. Paragraphs 1 and 2:

(a) Shall not apply to ports or areas of ports that are not open to foreign vessels;

(b) Shall not apply to activities reserved by each Contracting Party for its own enterprises or organizations, including, in particular, cabotage and also salvage, towing and other port services;

(c) Shall not apply to the regulations concerning obligatory piloting for foreign vessels;

(d) Shall not affect the application of regulations regarding the entry and stay of foreigners.

Article 9

The Contracting Parties shall take all necessary measures within the framework of their laws and port regulations to facilitate and accelerate maritime transport, prevent unnecessary prolongation of stays in port and make customs and other port formalities as swift and simple as possible.

Article 10

1. Documents carried by a vessel and issued or recognized by one Contracting Party shall also be recognized by the other Contracting Party.

2. Vessels of one Contracting Party carrying duly issued documents giving ship measurements shall be exempt from re-measurement in the ports of the other Contracting Party. These documents shall be taken as the basis for calculating harbour charges.

Article 11

Each Contracting Party shall grant seafarers holding a travel document duly issued by the competent authorities of the other Contracting Party the rights referred to in articles 12 and 13.

Article 12

1. The holder of a travel document as specified in article 11 shall be permitted:

(a) As a member of the crew of a vessel of the Contracting Party that issued the document, to go ashore without a visa while the said vessel is in a port of the other Contracting Party and to make a temporary stay in the port city in accordance with the regulations in force there. In these circumstances, there shall be required:

— In the Federal Republic of Germany, a shore leave ticket; and

— In the Union of Soviet Socialist Republics, a pass;

(b) In the port of the other Contracting Party, with the permission of the competent authorities, to leave his vessel, where he has ended his work as a member of

the crew, and to transfer to another vessel in the same port operated by a maritime shipping enterprise of the same Contracting Party to begin work as a member of the crew;

(c) At the conclusion of his work as a member of the crew of a vessel in the port of the other Contracting Party, to leave the latter's territory by the shortest appropriate route with a visa issued immediately without unnecessary delay.

2. The competent authorities of a Contracting Party shall permit a member of the crew who has been taken to a hospital in the territory of the other Contracting Party for reasons of illness to stay there as long as is needed for treatment.

3. Paragraphs 1 and 2 shall also apply analogously in respect of individuals carrying out official duties on board but not part of the crew, provided they are entered on the crew list.

Article 13

1. Each Contracting Party shall allow a seafarer holding a travel document referred to in article 11 to enter or leave the country for the purpose of:

(a) Joining his vessel or transferring to another vessel;

(b) Passing in transit to join his vessel in another country, or for repatriation or for another purpose approved by the competent authorities of the Contracting Party in question.

The provisions of Standard 3.10.2 of the Annex to the Convention on Facilitation of International Maritime Traffic of 9 April 1965 shall not be affected.

2. In all cases referred to in paragraph 1, the seafarer must have the appropriate visa of the other Contracting Party; the corresponding application shall be considered favourably by the competent authorities as quickly as possible.

Article 14

1. Except as provided in articles 11 to 13, the regulations of both Contracting Parties regarding the entry, stay and departure of foreigners shall not be affected.

2. Each Contracting Party reserves the right to refuse entry to and stay in its territory to persons it regards as undesirable.

Article 15

Each Contracting Party shall grant maritime shipping enterprises of the other Contracting Party the right to use income received from shipping services in the territory of the first Contracting Party for payments connected with shipping or to transfer it abroad in freely convertible currency. Transfer shall be on the basis of the official rate of exchange and within the usual time periods.

Article 16

If a vessel of one Contracting Party is in distress or is wrecked on the coast of the other Contracting Party, such vessel and its crew, passengers and cargo shall enjoy the same privileges and benefits as are granted under the laws of the latter Contracting Party to its own vessels and their crew, passengers and cargo in similar circumstances.

Articles salvaged from a vessel which has been in distress or wrecked shall not be liable to customs duties, provided that such articles are not intended for use or consumption inside the country.

Article 17

1. The Contracting Parties shall continue with their efforts to maintain and develop effective working relations between their authorities responsible for shipping matters and shall encourage the development of contacts between their enterprises and organizations, in particular with the objectives of:

- Making fuller and more effective use of the maritime commercial fleet and ports and expanding economic and scientific or technical links and exchange of experience;
- Conducting an exchange of views regarding activity in international organizations dealing with problems of maritime shipping and regarding participation in international agreements on maritime transport.

2. With a view to ensuring ongoing coordination, rapid agreement and the settlement of all matters of cooperation between the maritime administrations of the two countries, the Contracting Parties shall have the right to establish a post of attaché for shipping at their countries' embassies.

3. To realize the objectives referred to in paragraph 1 and to monitor implementation of this Agreement a Joint Commission shall be established, which shall handle matters of mutual interest arising from application of this Agreement, in particular questions of bilateral maritime shipping and also questions of international shipping.

The Joint Commission may establish working groups to consider specific questions and to draw up appropriate recommendations, which shall be put forward for consideration by the Joint Commission.

4. The Joint Commission shall meet, as a rule, at least once a year, but it may be convened at the request of one of the Contracting Parties not later than ninety days after the date when such a request is made. The agenda of each meeting of the Joint Commission shall be determined by agreement between the authorities responsible for shipping matters.

Each Contracting Party shall determine the composition of its delegation to meetings of the Joint Commission.

Article 18

1. This Agreement shall enter into force on the day on which the Contracting Parties have notified each other in writing that the necessary domestic formalities for its entry into force have been completed.

2. This Agreement shall be concluded for an indefinite period.

3. This Agreement may be denounced in writing by either Contracting Party. In such case the Agreement shall cease to apply six months after the other Contracting Party has received the notification.

DONE at Bonn on 7 January 1991 in two originals, each in the German and Russian languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

LAUTENSCHLAGER

ZIMMERMANN

For the Government
of the Union of Soviet Socialist Republics:

YU. VOLMER

EXCHANGE OF LETTERS

I

THE FEDERAL MINISTER OF TRANSPORT

Bonn, 7 January 1991

Dear Sir,

I refer to the Agreement signed today between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Union of Soviet Socialist Republics on maritime shipping.

In clarification of article 11 of the Agreement, we mutually determined that:

The documents referred to in article 11 are:

- The seafarer's pass of the Union of Soviet Socialist Republics;
- The seafarer's book of the Federal Republic of Germany;
- The passport of the Federal Republic of Germany.

At the signing of the Agreement on maritime shipping, samples of the above-mentioned documents were exchanged.

Accept, Sir, the assurances of my highest consideration.

On behalf of the Minister,

CH. HINZ

Director of the Maritime Transport Department

Mr. Vadim D. Kornilov
Director of the Department of Foreign Relations
Ministry of the Maritime Fleet
of the Union of Soviet Socialist Republics

[The Soviet party delivered a letter with same content dated 7 January 1991, and signed by Vadim Kornilov.]

II**THE FEDERAL MINISTER OF TRANSPORT****Bonn, 7 January 1991****Dear Sir,**

I refer to the Agreement signed today between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Union of Soviet Socialist Republics on maritime shipping.

I would like to note that the joint German-Soviet scheduled services have been serving the bilateral trade between our two countries in a satisfactory manner for many years.

I should like to express the hope that both maritime shipping administrations will work to ensure, insofar as possible, that the joint scheduled services shall continue to serve that trade on a commercial basis.

Accept, Sir, the assurances of my highest consideration.

On behalf of the Minister,

CH. HINZ

Director of the Maritime Transport Department

Mr. Vadim D. Kornilov
Director of the Department of Foreign Relations
Ministry for the Maritime Fleet
of the Union of Soviet Socialist Republics

[The Soviet party delivered a letter with same content dated 7 January 1991, and signed by Vadim Kornilov.]

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ RELATIF AUX TRANSPORTS MARITIMES ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE L'UNION DES RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de l'Union des Républiques socialistes soviétiques,

Soucieux d'élargir et d'approfondir la coopération existante dans le domaine des transports maritimes,

Afin de développer les dispositions concernant les transports maritimes de l'Accord du 25 avril 1958² relatif aux questions générales posées par le commerce et la navigation maritime entre la République fédérale d'Allemagne et l'Union des Républiques socialistes soviétiques et du Protocole du 31 décembre 1960³ relatif à la prorogation de cet accord,

Considérant le Traité de bon voisinage, d'amitié et de coopération du 9 novembre 1990 entre la République fédérale d'Allemagne et l'Union des Républiques socialistes soviétiques⁴,

Ayant présent à l'esprit l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe⁵, en particulier ses dispositions sur le développement des transports,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Au sens du présent Accord, on entend par :

a) « Navire de l'une des Parties contractantes », tout navire qui est inscrit au registre de la navigation ou dans un autre registre officiel analogue de cette Partie contractante et bat le pavillon de ladite Partie conformément à la législation de celle-ci. Ces mots ne désignent cependant pas les navires de guerre, de recherche ou de pêche;

b) « Entreprise de transports maritimes d'une des Parties contractantes », une entreprise de transports maritimes que cette Partie contractante reconnaît comme telle conformément à son droit et qui a son siège sur le territoire de ladite Partie contractante;

c) « Membre de l'équipage », le capitaine et tout autre personne qui, pendant le voyage à bord du navire, exerce effectivement des fonctions liées à l'exploitation du navire ou à des services qui doivent être fournis à bord, est porteuse d'un document de voyage visé à l'article 11 du présent Accord et est inscrite au rôle de l'équipage.

¹ Entré en vigueur le 30 décembre 1993, date à laquelle les Parties contractantes se sont notifié l'accomplissement de leurs formalités internes respectives, conformément au paragraphe 1 de l'article 18.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 346, p. 71.

³ *Ibid.*, vol. 1973, n° A-4978.

⁴ *Ibid.*, vol. 1707, p. 387.

⁵ *Documents d'actualité internationale*, nos 34-35-36 (26 août-2 et 9 septembre 1975), p. 642 (La Documentation française).

Article 2

Conformément au présent Accord, les Parties contractantes favorisent de toutes les manières la liberté de la navigation commerciale et s'abstiennent de tout acte qui pourrait être préjudiciable à un développement normal des transports maritimes internationaux.

Article 3

1. Les navires de chacune des Parties contractantes sont autorisés à naviguer et à transporter des passagers et des marchandises entre les ports des deux Parties contractantes.

2. Les navires qui battent pavillon d'un Etat tiers et sont armés par une entreprise des transports maritimes d'une des Parties contractantes peuvent de même participer aux transports visés.

Article 4

1. Les Parties contractantes appuient le développement de la navigation commerciale bilatérale et, ce faisant, seront guidées par le principe de l'égalité de droits et de l'avantage mutuel.

2. Pour le transport des marchandises du commerce extérieur bilatéral, les Parties contractantes œuvrent en vue d'une coopération étroite entre leurs organismes de transport de fret et leurs entreprises de transports maritimes, par exemple, sous forme d'entreprises conjointes. Les barèmes de transport de fret doivent être suffisants pour garantir la rentabilité des entreprises de transports maritimes des Parties contractantes.

3. Les dispositions du présent article ne modifient en rien le droit des navires battant pavillon d'un Etat tiers de participer au transport maritime bilatéral de marchandises.

Article 5

Les entreprises de transports maritimes de l'une des Parties contractantes peuvent participer à la navigation maritime de l'autre Partie avec des Etats tiers. Dans le cadre d'une telle participation, les entreprises de transports maritimes de chacune des Parties contractantes déterminent leurs barèmes de fret en tenant compte des intérêts des entreprises de transports maritimes correspondantes de l'autre Partie, et du principe de la concurrence loyale sur une base commerciale.

Article 6

Le présent Accord ne modifie en rien les droits et obligations qui résultent, pour chaque Partie contractante, des conventions internationales auxquelles elle est partie.

Article 7

Conformément à la législation applicable sur son territoire, chacune des Parties contractantes accorde l'appui nécessaire aux entreprises et aux organisations commerciales de transports maritimes ou de services auxiliaires de navigation d'une des Parties en cas d'ouverture de lignes en provenance ou à destination de l'autre Partie ainsi que de création de représentations ou d'entreprises conjointes sur le territoire de l'autre Partie contractante.

Article 8

1. Chacune des Parties contractantes accorde le même traitement qu'à ses propres navires aux navires de l'autre Partie en ce qui concerne la liberté d'accès aux ports; l'attribution de postes d'amarrage, l'utilisation des ports pour l'embarquement et le débarquement des marchandises ou de passagers, la perception des redevances dues, entre autres, pour les navires et les ports et l'utilisation des services prévus pour la navigation maritime.

2. Chacune des Parties contractantes accorde le traitement prévu au paragraphe 1 du présent article aux navires battant pavillon d'Etats tiers affrétés par des entreprises de transports maritimes de l'autre Partie contractante dans la mesure où cela n'est pas contraire aux engagements qu'elle a contractés en raison d'accords internationaux ou à sa législation applicable.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent Accord :

a) Ne s'appliquent pas aux ports ou installations portuaires dans la mesure où ils ne sont pas ouverts aux navires étrangers;

b) Ne concernent pas les activités que chacune des Parties contractantes réserve à ses propres entreprises ou organismes, en particulier le cabotage ainsi que les services de sauvetage et de pilotage, et autres services portuaires;

c) Ne s'appliquent pas à la réglementation concernant l'obligation de pilotage pour les navires étrangers;

d) Ne modifient en rien l'application des règlements concernant l'entrée et le séjour des étrangers.

Article 9

Dans le cadre de leur législation et de leur réglementation portuaire, les Parties contractantes prennent toute mesure nécessaire pour faciliter et hâter les transports par mer, éviter de prolonger inutilement le mouillage et accélérer et simplifier les formalités douanières et autres dans les ports.

Article 10

1. Les documents concernant le navire qui se trouvent à bord et qui ont été établis ou reconnus par l'une des Parties contractantes sont aussi reconnus par l'autre Partie.

2. Les navires de chacune des Parties contractantes à bord desquels se trouvent des documents de jauge établis dans les règles sont exempts d'un nouveau jaugeage dans les ports de l'autre Partie contractante. Ces documents servent à calculer les taxes portuaires.

Article 11

Les Parties contractantes accordent les droits visés aux articles 12 et 13 du présent Accord aux gens de mer détenteurs d'un document de voyage délivré régulièrement par les autorités compétentes de l'autre Partie contractante.

Article 12

1. Les détenteurs de documents de voyage visés à l'article 11 du présent Accord sont autorisés :

a) En tant que membres de l'équipage d'un navire de la Partie contractante qui a établi ce document, à descendre à terre pendant le mouillage du navire dans un port de l'autre Partie contractante et à séjourner temporairement sans visa dans ce port conformément à la réglementation qui y est applicable. En pareil cas, ils doivent être munis :

- Sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, d'un permis de congé à terre;
- Sur le territoire de l'Union des Républiques socialistes soviétiques, d'un laissez-passer;

b) Dans les ports de l'autre Partie contractante, à quitter leur navire sur lequel ils ont terminé leur travail de membre de l'équipage avec l'autorisation des autorités compétentes et à se rendre dans ce même port pour y prendre des fonctions de membre de l'équipage d'un autre navire qui est affrété par une entreprise de transports maritimes de la même Partie contractante;

c) Après avoir terminé leur travail de membre de l'équipage d'un navire dans un port de l'autre Partie contractante, à quitter le territoire de celle-ci, par l'itinéraire le plus court, munis d'un visa qui doit leur être délivré immédiatement et sans retard inutile.

2. Les autorités compétentes de chacune des Parties contractantes autorisent les membres de l'équipage qui, en raison de maladie, ont été conduits dans un hôpital situé sur le territoire de l'autre Partie contractante, à y séjourner pendant le temps que nécessite leur traitement.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article s'appliquent *mutatis mutandis* aux personnes qui travaillent à bord mais ne font pas partie de l'équipage dans la mesure où elles sont inscrites au rôle.

Article 13

1. Les Parties contractantes autorisent les gens de mer titulaires d'un document de voyage visé à l'article 11 du présent Accord à entrer sur leur territoire ou à le quitter :

a) Pour se rendre sur leur navire ou un autre navire;

b) Pour traverser leur territoire afin de se rendre sur leur navire dans un autre Etat ou retourner dans leur pays d'origine ou à une autre fin reconnue par les autorités compétentes de la Partie contractante concernée.

Le présent Accord ne modifie en rien la norme 3.10.2 de l'annexe à la Convention du 9 avril 1965 relative aux mesures facilitant la navigation maritime internationale.

2. Dans tous les cas visés au paragraphe 1 du présent article, les gens de mer doivent être en possession d'un visa correspondant de l'autre Partie contractante; les autorités compétentes examinent les demandes de visas aussi rapidement que possible avec bienveillance.

Article 14

1. Sous réserve des dispositions des articles 11 à 13 du présent Accord, celui-ci ne modifie en rien la réglementation des Parties contractantes relatives à l'entrée ou au séjour sur leur territoire ou à la sortie de celui-ci.

2. Les Parties contractantes se réservent le droit de refuser l'entrée ou le séjour sur leur territoire des personnes qu'elles jugent indésirables.

Article 15

Chaque Partie contractante accorde aux entreprises de transports maritimes de l'autre Partie le droit d'utiliser les recettes des services de navigation sur leur territoire pour effectuer les paiements liés à cette navigation ou de les transférer à l'étranger en devises librement convertibles. Le transfert est effectué au taux de change officiel dans les délais habituels.

Article 16

Si un navire de l'une des Parties contractantes est en difficulté ou fait naufrage près des côtes de l'autre Partie, ce navire, son équipage, ses passagers et son fret jouissent des mêmes avantages et priviléges que ceux qui sont accordés dans un cas analogue aux navires de cette autre Partie, à leur équipage, à leurs passagers et à leur fret.

Les objets sauvés d'un navire qui s'est trouvé en difficulté ou a fait naufrage ne sont soumis à aucun droit de douane dans la mesure où ils ne sont pas importés pour être utilisés ou consommés sur le territoire de l'autre Partie contractante.

Article 17

1. Les Parties contractantes continueront de s'employer à entretenir et développer des relations spécialisées effectives entre leurs autorités compétentes chargées de la navigation maritime et de favoriser le développement des contacts entre leurs entreprises et leurs organismes compétents, en particulier pour :

- Exploiter plus complètement et plus efficacement la flotte de transports maritimes et les ports maritimes et élargir les relations économiques, scientifiques et techniques ainsi que les échanges d'acquis de l'expérience;
- Procéder à un échange de vues concernant l'activité dans le cadre d'organismes internationaux qui s'occupent de la navigation maritime et la participation à une convention internationale sur la navigation maritime.

2. Afin de garantir une coopération constante, une consultation rapide et la solution de toutes les questions posées par la coopération entre les autorités compétentes en matière de navigation maritime des deux pays, les Parties contractantes peuvent avoir des attachés maritimes dans leurs ambassades.

3. Pour favoriser les buts visés au paragraphe 1 du présent article et surveiller l'application du présent Accord, une commission mixte sera constituée et chargée des questions d'intérêt commun posées par l'exécution du présent Accord, en particulier les questions relatives aux transports maritimes bilatéraux et les questions générales de transports internationaux.

La Commission mixte peut constituer des groupes de travail chargés de traiter de questions particulières et d'élaborer des recommandations correspondantes qui lui sont soumises pour examen.

4. La Commission mixte se réunit en règle générale au moins une fois par an; à la demande de l'une ou l'autre Partie contractante, elle peut cependant se réunir au plus tard dans les 90 jours qui suivent le dépôt d'une telle demande. L'ordre du jour

de chacune de ses réunions est déterminé après consultations entre les autorités chargées de la navigation maritime.

Les Parties contractantes déterminent la composition de leur délégation aux réunions de la Commission mixte.

Article 18

1. Le présent Accord entrera en vigueur à la date à laquelle les Parties contractantes se seront notifiée par écrit que les conditions prévues par leur droit interne pour cette entrée en vigueur sont remplies.

2. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

3. Le présent Accord peut être dénoncé par chacune des Parties contractantes par notification écrite, avec un préavis de six mois à compter de la date de réception de cette notification.

FAIT à Bonn, le 7 janvier 1991, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et russe, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

LAUTENSCHLAGER
ZIMMERMANN

Pour le Gouvernement
de l'Union des Républiques socialistes soviétiques :

Y. VOLMER

ÉCHANGE DE NOTES

I

LE MINISTÈRE FÉDÉRAL DES TRANSPORTS

Bonn, le 7 janvier 1991

Monsieur le Directeur,

J'ai l'honneur de me référer à l'Accord relatif aux transports maritimes signé ce jour entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de l'Union des Républiques socialistes soviétiques.

Pour préciser le sens de l'article 11 de l'Accord, nous sommes convenus que :

Au sens de l'article 11, on entend par document :

- Le livret des gens de mer de l'Union des Républiques socialistes soviétiques;
- Le livret de navigation de la République fédérale d'Allemagne;
- Le passeport de la République fédérale d'Allemagne.

Des spécimens de ces documents ont été échangés à l'occasion de la signature de l'Accord.

Veuillez agréer, etc.

Le Directeur du Département
des transports maritimes,

CH. HINZ

M. Vadim D. Kornilov

Directeur du Département des relations extérieures
Ministère de la marine de l'Union

des Républiques socialistes soviétiques

[La partie soviétique a remis une lettre en mêmes termes portant la date du 7 janvier 1991 et signée par Vadim Kornilov.]

II

MINISTÈRE FÉDÉRAL DES TRANSPORTS

Bonn, le 7 janvier 1991

Monsieur le Directeur,

J'ai l'honneur de me référer à l'Accord relatif aux transports maritimes signé ce jour entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de l'Union des Républiques socialistes soviétiques.

Je tiens à déclarer que les services de la ligne commune à l'Allemagne et à l'Union soviétique fournissent depuis de nombreuses années des services satisfaisants au commerce bilatéral de nos deux pays.

J'exprime l'espoir que les deux administrations de navigation maritime feront ce qui est en leur pouvoir pour que les services communs continuent à servir ce commerce sur une base commerciale.

Pour le Ministre,
Le Directeur du Département
des transports maritimes,
CH. HINZ

M. Vadim D. Kornilov
Directeur du Département des relations extérieures
Ministère de la marine de l'Union
des Républiques socialistes soviétiques

[La partie soviétique a remis une lettre en mêmes termes portant la date du 7 janvier 1991 et signée par Vadim Kornilov.]

